

Absender:

Amtsgericht _____

[Ort]

– Betreuungsgericht –

[Name des Betreuers]

[Straße und Hausnummer]

[Postleitzahl und Ort]

Tel.:

Telefax:

Funktelefon:

E-Mail

[Straße und Hausnummer]

[Postleitzahl und Ort]

Datum:

Aktenzeichen des Gerichts: _____

Betreuung für _____

[Name und Anschrift des Betreuten]

geb. _____

[Geburtsdatum des Betreuten]

**Antrag gemäß § 1906 Abs. 1 Nr. 1 BGB
auf Genehmigung der geschlossenen Unterbringung in einem
psychiatrischen Krankenhaus oder in einem Seniorenheim**

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich beantrage die betreuungsgerichtliche Genehmigung zur Einwilligung in die freiheitsentziehende Unterbringung des betreuten Menschen

auf der geschlossenen Station des Krankenhauses:

[Name, Anschrift und Rufnummer des Krankenhauses]

auf der geschlossenen Station des Altenheimes/Seniorenheimes:

[Name, Anschrift und Rufnummer des Altenheimes]

Die Maßnahme ist erforderlich, weil auf Grund einer psychischen Krankheit oder geistigen oder seelischen Behinderung des betreuten Menschen die ernsthafte Gefahr besteht,

- dass er die reale Situation und die damit verbundenen Gefahren erkennt;
 - er findet sich im Straßenverkehr nicht zurecht und es besteht die Gefahr, dass er ohne Rücksicht auf den Verkehr die Fahrbahn betritt;
 - er ist nicht in der Lage, sich in der näheren und weiteren Umgebung zurechtzufinden. Er würde sich verlaufen und nicht zurückkehren können. Insbesondere in den Abend- und Nachtstunden ist es auf Grund der Lage des Hauses unwahrscheinlich, dass der betreute Mensch aufgefunden wird;
- wie sie im beigefügten Attest, Bericht oder sonstigem Dokument (z.B. polizeilicher Einsatzbericht) beschrieben ist;
- dass er:

- Ich habe geprüft, ob folgende weniger einschneidende Maßnahmen geeignet sind, die Gefahr abzuwenden:

Dies ist nicht der Fall.

- Die Maßnahme ist voraussichtlich für die Dauer von _____ erforderlich.
- Die Maßnahme ist dauerhaft erforderlich, da keine Aussicht für eine Besserung des Krankheitsbildes besteht. Beantragt wird die Genehmigung für die Dauer von 2 Jahren.
- Die Dauer der Maßnahme kann derzeit noch nicht abgesehen werden.

Der betreute Mensch

- zeigt keine Einsicht in die Maßnahme;
- ist nicht in der Lage, den Sinn der Maßnahme zu erfassen und wirksam einzuwilligen.

Ein entsprechendes ärztliches Attest

- ist beigefügt. wird nachgereicht.
- habe ich angefordert und wird Ihnen vom Arzt direkt übersendet. kann von hier aus nicht veranlasst werden.

- Für den Fall der vormundschaftsgerichtlichen Genehmigung der Unterbringung des betreuten Menschen bitte ich, noch nachfolgende Anordnungen zu treffen:
 - Die zwangsweise Zuführung der Betreuten zur Unterbringung wird angeordnet.
 - Die zuständige Behörde ist verpflichtet, den Betreuer bei dessen Wunsch bei der Zuführung zur Unterbringung zu unterstützen.
 - Die zuständige Behörde ist befugt, erforderlichenfalls die Unterstützung der polizeilichen Vollzugsorgane nachzusuchen.
 - Die zuständige Behörde bzw. die zur Unterstützung herangezogenen polizeilichen Vollzugsorgane sind befugt, Gewalt anzuwenden.
 - Zur Durchführung der zwangsweisen Unterbringung wird auch das gewaltsame Öffnen der Wohnung sowie das Betreten der Wohnung gestattet.

Ich bitte, über die Sache im Wege der einstweiligen Anordnung zu entscheiden.

Gründe für die Eilbedürftigkeit:

Für Rückfragen stehe ich Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

[Unterschrift]

Anlagen:

Ärztliches Attest
